

26. Februar 2007
Der Standard

Start für Runden Tisch mit Umweltschützern Nach Lobau-Besetzung beschlossen - Öko-Aktivisten rechnen nur mit erstem Abtasten

Wien - In Wien startet am Dienstag Nachmittag der Runde Tisch zur Verkehrspolitik im Nordosten der Bundeshauptstadt. Mit dabei sind Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, darunter Greenpeace, Global 2000 und Virus. Ihnen gegenüber sitzen Vertreter Wiens und Niederösterreichs sowie des Verkehrsministeriums. Der Runde Tisch wurde in Folge der Lobau-Besetzung im vergangenen Herbst beschlossen.

Die Umweltschützer wollen die Wiener Nordost-Umfahrung (S1) verhindern. Ein besonderer Dorn im Auge ist ihnen der geplante Tunnel unter der Lobau, die Teil des Nationalparks Donauauen ist. Mit ihrer Besetzung wollten sie die von der Autobahngesellschaft Asfinag geplanten Probebohrungen für den Tunnel verhindern. Nach einem Verzicht auf Schadenersatzklagen zogen sie Mitte Dezember 2006 ab.

Positionen-Ausloten

Nach Vorgesprächen im Jänner tagt der Runde Tisch nun zum ersten Mal. Von politischer Seite ist der Wiener Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker (S) der prominenteste Teilnehmer. Allzu hoch sind die Erwartungen für den ersten Termin noch nicht. Man rechne mit einem "größeren Positionen-Ausloten" und sei vorsichtig optimistisch, meinte etwa Jurrien Westerhof von Greenpeace.

Die Umweltschützer wollen das Straßenprojekt weiter verhindern. Es gehe aber nicht nur um die S1, sondern generell um die Verkehrspolitik in der Region, so Wolfgang Rehm von Virus. Auch bei Greenpeace will man auf den Widerspruch von Klimaschutzziele einerseits und neuen Straßenprojekten andererseits hinweisen. Insgesamt gibt man sich Gesprächsbereit: Dass es bereits beim morgigen Termin zu einem Abbruch wegen unüberwindlicher Gegensätze kommen könnte, glauben die Öko-Aktivisten nicht.

Schicker - vor wenigen Tagen von der APA dazu befragt - rechnet nicht damit, dass sich an der Trasse der Nordost-Umfahrung noch etwas ändern wird. Es sei überzeugt, dass der Runde Tisch vor allem Ergebnisse im Bereich des öffentlichen Verkehrs bringen werde, so der Stadtrat. Ganz anders die Position der Grünen. Sie hoffen auf ein Ende für das Projekt, das nur der "Autobahnbauindustrie" nütze. (APA)

Link zum Online-Artikel:
<http://derstandard.at/?url=/?id=2783970>